

VORWORT

Die Ausbeutung von Teersanden in Nordamerika und im Kongo, Landkäufe im großen Stil in Asien und Afrika, Chinas Investitionen in der Mekong-Region, Bergbau und Sojaanbau in Lateinamerika – die globale Ressourcen-Bonanza ist eine Tatsache. Die Heinrich-Böll-Stiftung nimmt sie gemeinsam mit vielen Partner/innen so nicht hin. Denn sie führt nicht – wie vielfach erhofft – zu einer fairen Verteilung der Erlöse, zum Abbau von Armut. Im Gegenteil beobachten wir alle Phänomene des Ressourcenfluchs: die Konzentration ökonomischer und wirtschaftlicher Macht, ökologische Zerstörungen und Zunahme sozialer Ungleichheit. Deshalb unterstützen wir ganz andere Vorstellungen und Konzepte, nämlich von einer gerechten und ökologischen Zukunft – für eine globale Energie- und Agrarwende, für eine andere Ressourcenpolitik. Wir sind solidarisch mit Menschen, die sich gegen die Einschränkung ihrer demokratischen Rechte und gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen zur Wehr setzen. Wir unterstützen die soziale und ökologische Transformation überall, zu Hause in Deutschland und Europa, von Nigeria über Tschechien bis zum Westbalkan. Wir streiten für eine drastische Senkung des Ressourcenverbrauchs, für verbindliche Transparenz und Rechenschaftspflichten für europäische Konzerne. Ökologie, Demokratie und Gerechtigkeit gehören für uns untrennbar zusammen.

Die zentrale Frage für uns ist deshalb, wie die Nutzung natürlicher Ressourcen gestaltet sein muss, damit die ökologischen Grenzen unserer Welt respektiert und gleichzeitig die Menschenrechte und Demokratie gestärkt werden. Um die Vielfalt der regionalen Perspektiven auf diese Frage einzufangen, haben wir einen internationalen Dialogprozess unter dem Titel «Ressourcengerechtigkeit in einer endlichen Welt» durchgeführt, der besonders das Wissen und die Erfahrungen junger Menschen in unseren Partnerländern – aber auch in Deutschland und Europa – einfängt.

Ein Ergebnis dieses Dialogprozesses ist dieses Memorandum, das einen normativen Rahmen für unsere ressourcenpolitische Arbeit formuliert und Handlungsfelder und Interventionsmöglichkeiten aufzeigt. Diese gilt es in den jeweiligen Regionen und Ländern aufzugreifen, zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Das Memorandum versteht sich dabei als ein möglicher Baustein einer ressourcenpolitischen Strategie. Der Dialogprozess in unseren Auslandsbüros und Partnernetzwerken ist der Beginn einer intensiven Beschäftigung mit den Herausforderungen einer Ressourcenpolitik, die demokratische Teilhabe, Menschenrechte, Ressourcenschutz und Gerechtigkeit ins Zentrum stellt. Ich danke denjenigen Kolleginnen und Kollegen in den Auslandsbüros, die durch die Organisation regionaler Zukunftswerkstätten einen wichtigen Beitrag zum Erfolg des Gesamtprojektes geleistet haben.

Ich bin begeistert, wie viele Menschen sich in den letzten zwei Jahren am gesamten Prozess und an den zehn Zukunftswerkstätten mit Teilnehmenden aus

29 Ländern beteiligt haben, um ihre Ideen, Perspektiven und Analysen mit uns zu teilen. Mein besonderer Dank gilt dem Beratungsgremium, das die vielen Ideen zu bündeln und zu strukturieren half. Meine allerhöchste Wertschätzung gilt Christine Chemnitz und Lili Fuhr: Sie hatten die Idee zu diesem Prozess und haben ihn von Anfang an koordiniert und verantwortet. Das Memorandum schließlich haben sie in vielen Runden mit den Teilnehmenden diskutiert und stetig verbessert. Ich bin überzeugt, dass der nun vorgelegte Text zum Nachdenken und Handeln anregen wird. Mein Dank gilt in besonderer Weise auch Ralph Griesse und Annette Kraus. Ralph Griesse hat als Moderator des Gesamtprozesses, der Zukunftswerkstätten und des Ressourcengipfels maßgeblich zum Gelingen und vor allem auch zu Motivation und Freude der Beteiligten beigetragen. Annette Kraus hat die administrativen, organisatorischen und finanziellen Fäden souverän zusammengehalten. Und auch folgenden Personen möchte ich für ihre aktive Beteiligung und Beiträge danken: Janine Korduan, Inka Dewitz, Abby d'Arcy, Ramona Simon, Lara Cahal und Inka Bosch.

Berlin, im Juni 2014

Barbara Unmüßig
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

DANKSAGUNG

Wir möchten den folgenden Personen für ihre Anregungen und Anmerkungen zu mehreren Entwurfsfassungen dieses Memorandums danken:

Amal Dababseh, Ana Di Pangracio, Andrea Bues, Andrew Ihlo, Axel Harneit-Sievers, Barbara Unmüßig, Betzabet del Valle Morero, Carlos Monge, Cathrin Klenck, Chan Ramy, Christine Moser, Cintia Barenho, Corinne Deek, Dawid Bartelt, Divja Gupta, Durukan Dudu, Erick Onduru, Fredrick Njau, Gitanjali More, Hans Verolme, Heike Löschmann, Heidi Feldt, Jagoda Munic, Jenny Franco, Johanna Sydow, Jutta Kill, Kate Raworth, Katja Heubach, Katrin Seidel, Kimani Sankara, Kulthoum Omari, Lennart Kümper-Schlake, Maiana Teixeira, Maja Göpel, Malik Fercovic, María Cecilia Reeves, Maureen Santos, Max Marwede, Michael Buesgen, Muna Dajani, Ozgur Gurbuz, Pinaki Das Gupta, Raimund Bleischwitz, Recaredo Gálvez, Samuel Nguiffo, Sebastián Ainzúa Auerbach, Sisay Misganaw, Sunita Narain, Svenja Oberender, Thomas Fatheuer, Uli Brand, Wolfgang Sachs, Xu Ting, Zukiswa Kota.

DIE GESCHICHTE DES MEMORANDUMS

«Wir gehen von einem alternativen Zukunftsbild aus, wir heben andere Sichtweisen auf die Welt hervor, nämlich die der indigenen Menschen unserer Erde. Sie betrachten Wälder, Sonne, Wind und Wasser nicht als Hilfsquellen, sondern als wesentliche Elemente der Natur, und auch als Gemeingüter, die das komplexe Geflecht, zu dem wir gehören, mit Leben erfüllen. Umso notwendiger ist es, unsere Wörter neu zu erfinden, um den herrschenden Diskurs zu dekonstruieren, indem wir unsere Beziehung zur Welt, die uns umgibt, neu gestalten.»

Edgardo García, Mariana Reyes und Rosalía Soley

Delegierte der Zukunftswerkstatt Mexiko, Zentralamerika und Karibik

Dieses Memorandum ist das Ergebnis eines zweijährigen Dialoges, nämlich des Projektes «Ressourcengerechtigkeit in einer endlichen Welt» der Heinrich-Böll-Stiftung. Zunächst diskutierten junge Menschen aus 29 Ländern und trafen sich dazu in zehn «Zukunftswerkstätten» in ihrer jeweiligen Region: in Lateinamerika, in Europa, im Nahen Osten und in Nordafrika (einschließlich der Türkei), in Afrika südlich der Sahara und in Asien. Delegierte jeder dieser Zukunftswerkstätten brachten dann die diskutierten Erfahrungen und Visionen nach Berlin. Dort verbrachten sie zwei Tage mit dem deutschen und internationalen Team der Heinrich-Böll-Stiftung, um die Ideen zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Der Prozess wurde von einer Beratungsgruppe unterstützt, der elf international renommierte Umwelt- und Menschenrechtsexpertinnen und -experten angehörten.

Ein Ziel dieses Memorandums ist es, die sehr unterschiedlichen Diskussionsverläufe zusammenzuführen. Es strebt nicht an, die Komplexität und Vielfalt der regionalen Debatten in vollem Umfang darzustellen. Es ist jedoch stark von den Ergebnissen der Zukunftswerkstätten, den Sichtweisen der Delegierten und Berater inspiriert. Das Memorandum stellt eine subjektive Auswahl der beiden Leitautorinnen, Christine Chemnitz und Lili Fuhr, dar und ist keineswegs ein Versuch, einen globalen Konsens unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern herzustellen – denn tatsächlich existiert er nicht! Mit dem Memorandum unternehmen wir einen ersten Schritt zur Erkundung einer neuen Perspektive. Sie ist eine von vielen möglichen, und eine, die stark von der europäischen Herkunft der Leitautorinnen geprägt ist. Das Memorandum bietet weder einen allumfassenden Ausblick noch eine Vorgabe für jedes Land, jede Region und jede Gesellschaft. Aber es benennt eine Reihe von Grundsätzen und Ideen für eine gerechte und rechtsstaatliche Ressourcenpolitik im Dreieck von Sozioökonomie, Ökologie und Demokratie – und mit einer internationalen Perspektive, die nun in die verschiedenen Länder und Regionen übertragen und dort angepasst und debattiert werden kann.